



Newsletter Serap Güler MdB



# Intelligente Ampelschaltung gesucht

## LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jederzeit an [serap.gueler@bundestag.de](mailto:serap.gueler@bundestag.de)

Herzliche Grüße,

## HAUSHALTSWOCHEN GELTEN ALS OFFENBARUNGSEID

Der vergangene Monat November stand ganz im Lichte der Verhandlungen zum Haushalt 2023 der Ampel. Besonders dann, wenn Zahlen schwarz auf weiß niedergeschrieben werden, dann kann man eine Bundesregierung an den Versprechen messen und die Handlungen bewerten. Was vorher als Versprechen oder Vertrag unter den Koalitionären beschlossen wurde, muss in den Haushaltswochen mit Zahlen hinterlegt werden, denn sonst sind die Versprechen nicht mal das Papier wert, auf dem sie stehen.

Fairerweise muss man sagen, dass die Ampel-Regierung dieses Jahr keinen



Foto: Laurence Chaperon

leichten Auftrag hatte, denn wir leben in schwierigen Zeiten. Mit großen Unterstützungsprojekten müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie der Wirtschaft unter die Arme greifen, um die Folgen der Inflation abzufedern und gleichzeitig nicht weiter zu befeuern.

Aber dennoch: die Ampel scheitert an den eigenen Versprechen und macht diese lediglich zu Lippenbekenntnissen. So wurde uns als Opposition zwar ein Haushalt vorgelegt, der auf dem Papier die Schuldenbremse einhält, in der Realität werden aber hinter dem Rücken mit Schattenhaushalten und Sondervermögen immer neue Schulden angehäuft. So wird

die Bremse umgangen und kommende Generationen extrem belastet. Und trotz der immensen Neuverschuldung durch diese Sondervermögen schafft es die Bundesregierung nicht zentrale Versprechen einzuhalten.

So wird etwa das 2-Prozent-Ziel der NATO weiterhin verfehlt, das Sondervermögen der Bundeswehr schrumpft angesichts der Inflation in sich zusammen und bestellt ist immer noch nichts. Auch bei anderen wichtigen Positionen, wie dem Katastrophenschutz oder der beruflichen Bildung und Forschung wird gespart.

Unter dem Strich bleibt also bei vielem: NIX

# Neues aus dem Bundestag

## DEUTSCHLANDS CHINA-POLITIK ÜBERDENKEN

Als Unionsfraktion haben wir die China-Politik der Bundesregierung als unstimmtig und unabgestimmt kritisiert. In einer aktuellen Stunde des Bundestages musste der Bundeskanzler, auf unser Drängen hin, Stellung zu seiner Politik beziehen. Insbesondere den Teilverkauf eines Containerterminals im Hamburger Hafen an die chinesische Reederei Cosco haben wir dabei bemängelt. Denn, wenn wir eins aus der russischen Invasion in die



Ukraine gelernt haben sollten, dann, dass wir keine Abhängigkeiten bei Infrastruktur Themen im eigenen Land aufbauen sollten.

Wir sehen China eindeutig als systemischen Rivalen mit einem diktatorischen Regime, das nur von einer Person abhängig ist. China verfolgt das Ziel, wirtschaftlich und politisch stärkste Nation zu werden. Um dies zu erreichen, sind China alle Mittel recht, einschließlich der Bruch des internationalen Rechts, millionenfache Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Uiguren.

Der Kanzler hätte diese Punkte auf seiner China-Reise ansprechen und Deutschlands Haltung verdeutlichen müssen. Insbesondere müssen unsere außenpolitischen Positionen mit unseren transatlantischen

Partnern abgestimmt werden, damit ein einheitliches Vorgehen, dem Vormachtstreben Chinas Einhalt gebietet.

Zentral ist dabei die strategische Abhängigkeit Deutschlands von China zu verringern und die Handelsbeziehungen zu diversifizieren. Niemand will die Handelsbeziehungen zu China abbrechen, aber wir müssen als Land wieder souverän werden. Unsere Infrastruktur muss geschützt und der Handel diversifiziert werden.

Die Abhängigkeiten, die wir durch die Corona-Pandemie besonders hart realisiert haben müssen genauso verhindert werden, wie die Einmischung fremder Nationen in unsere kritische Infrastruktur.

## HOLODOMOR IN DER UKRAINE: ERINNERN – GEDENKEN – MAHNEN.

In diesem Monat jährte sich der den 90. Jahrestag des Holodomor in der Ukraine. In den Jahren 1932/1933 fielen Millionen von Ukrainern dem Hungertod zum Opfer – ausgelöst durch Entscheidungen der sowjetischen Führung unter Josef Stalin zur Bekämpfung politischer Gegner. Im Zuge dessen verhungerten schätzungsweise über drei Millionen Menschen.

Zum 90. Jahrestag dieses historischen Verbrechens soll mit einem Fraktionsübergreifenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gedacht werden. Wir wollen die politische Anerkennung des Holodomor als Völkermord erreichen. Der Deutsche Bundestag ist kein historisches oder juristisches Gremium – aber ihm kommt eine besondere politische Verantwortung im Rahmen der Erinnerungskultur zu. Mit der Anerkennung des Holodomor als Völkermord erfüllt der Bundestag diese Verantwortung und verurteilt eines der größten stalinistischen Verbrechen.

## ERHÖHUNG DER ERBSCHAFTS- STEUER STOPPEN

Die Ampel plant mit dem Jahressteuergesetz 2022 zum Jahreswechsel eine Änderung der steuerlichen Bewertung von Immobilien und Grundstücken. Die Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer will sie hingegen nicht anpassen. Damit droht in vielen Fällen eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer. Diese Pläne der Ampel sorgen für erhebliche Unruhe in der Bevölkerung.

In unserem Leitantrag der Woche stellen wir fest: Steuererhöhungen durch die Hintertür lehnen wir ab. Das Elternhaus muss in der Familie weiterhin steuerfrei vererbt werden können. Hierzu bedarf es aufgrund der Verteuerung von Immobilien in den letzten Jahren einer substanziellen Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschafts- und Schenkungsteuer. Zusätzlich setzen wir uns für eine Regionalisierung der Freibeträge ein, um örtlichen Unterschieden in der Wertentwicklung gerecht zu werden.

## STRASSENBLOCKIERER KONSEQUENT BESTRAFEN

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen.

Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. In unserem Leitantrag der Woche fordern wir deshalb: Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.

## SCHLINGERKURS BEI DER ATOMKRAFT BEENDEN



Seit Monaten fährt die Ampel einen Schlingerkurs bei der Frage der Laufzeitverlängerungen für die drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke.

Bereits vor mehreren Wochen haben wir einen Entwurf vorgelegt, mit dem die befristete Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim

2 und Emsland bis zum 31. Dezember 2024 auf den Weg gebracht werden kann. Die Ampelfraktionen haben unseren Entwurf für ein neunzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes zunächst ausgebremst und nach dem „Machtwort“ von Bundeskanzler Scholz nun einen eigenen Entwurf vorlegt, der nur einen bis zum 15. April 2023 befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke vorsieht. Diesen unzureichenden Entwurf der Ampel lehnen wir ab:

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern wird. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 wird nicht zu den

Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre. Somit werden die positiven Effekte einer erhöhten Seite 5 von 7 Stromangebots nicht genutzt. Die Bundesregierung untersagt ferner den Einsatz neuer Brennelemente und erklärt damit die Energiekrise im Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet. Das ist kurzsichtige Politik, die nicht aufgehen wird. Der von uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf mit einer Laufzeitverlängerung bis Ende 2024 trägt den aktuellen Herausforderungen eindeutig besser Rechnung.

## ENDOMETROSE - VERSTEHEN, BEHANDELN, ERFORSCHEN.

Erst in den vergangenen Jahren wurde deutlich, welches Ausmaß und welche Bedeutung die Krankheit Endometriose für das Leben von bis zu 15% aller Frauen in Deutschland hat.

Auf Druck der Unionsfraktion hat die Koalition nunmehr 5 Mio. Euro jährlich im Haushaltsplan (Epl. 30) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für spezifische Forschung in diesem Bereich vorgesehen. Damit ist es jedoch nicht getan.

Es braucht unverzüglich mehr Aufklärung, eine bessere Unterstützung der bereits vorhandenen Behandlungsstrukturen sowie die Möglichkeit, die Endometriose-Behandlung durch Fachärzte und Allgemeinmediziner auskömmlich abzurechnen. Darauf wollen wir mit unserem Antrag hinwirken.

## BERFULICHE BILDUNG STÄRKEN

Deutschland hat einen immer größer werdenden Mangel an Fachkräften. Das ist ein Problem, das mir während der Sommertour im Wahlkreis von vielen Vertretern der Wirtschaft immer wieder genannt wurde. Die Bundesregierung muss deshalb in diesem Bereich dringend mehr tun und das nicht nur in Strategiepapieren festhalten, sondern auch im Haushalt passende Positionen schaffen und stärken.



Fotos: CDU/Christiane Lang

Gerade im Bereich der beruflichen Bildung gibt es erheblichen Nachholbedarf. Da die Ampel-Regierung diese Mittel deutlich kürzt, scheinen Fördern und Fordern für die Bundesregierung keine Priorität zu haben. Investitionen in berufliche Bildung stärken nicht nur unser Fachkräftepotential, sondern sind ein echter Chancenmacher.

Nicht nur ein Hochschulstudium bringt beruflichen Erfolg. Insbesondere muss die Vielfalt von Handwerksberufen stärker sichtbar gemacht und die Förderung von Handwerksberufen ausgebaut werden.

Außerdem sollten mehr finanzielle Mittel im Bereich Forschung bereitgestellt werden. Die Kürzung der Forschung an Fachhochschulen müssen rückgängig gemacht werden. Denn auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften forschen und bringen Deutschland als Wissenschaftsstandort voran.

Die alleinige Konzentration auf das Studium an Universitäten ist ein zunehmend falscher Weg, der bereits mit dem Schulabschluss beginnt. Eine abgeschlossene Ausbildung ist genauso viel wert wie ein Studium. Wichtig ist lediglich, dass unsere kommenden Generationen die besten Möglichkeiten für Bildung und Forschung haben. Denn aus diesem Gut zieht Deutschland in seiner heutigen Form seine wirtschaftliche ebenso wie seine politische Stärke.

# Haushaltswochen

## BUNDESHAUSHALT: WEDER NACHHALTIG NOCH VERNÜNFTIG



Der Bundeshaushalt 2023 der Ampel ist enttäuschend. Von der vielfach angekündigten Priorisierung und klaren Schwerpunktsetzung ist nichts zu sehen. Statt die Bundesausgaben zu konzentrieren, was in der aktuellen Krisensituation mehr als angebracht wäre, scheint die Ampel auch beim Bundeshaushalt nach dem beliebigen Ampel-Motto "jeder bekommt etwas" vorzugehen. So wird der brüchige Burgfrieden der Koalition mit vielen neuen Schulden erkaufte. Auch von dem lautstark angekündigten Abbau von Subventionen fehlt jede Spur. Am unverständlichsten ist aber angesichts der aktuellen Krisensituation in Europa, dass sich entgegen den Ankündigungen des Bundeskanzlers - beim Verteidigungsetat nichts Sichtbares tut. Wie beispielsweise

das 2 Prozent - NATO Ziel erreicht werden soll, bleibt unklar.

Solide Haushaltspolitik ist dabei nicht nur ein Thema für Zahlendreher, sondern ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber dem Steuerzahler. Wenn jeder private Haushalt in der Krise sparen und priorisieren muss, dann muss das auch für den Haushalt des Bundes gelten. Hinzu kommt, in dem aktuellen Krisenmix, der unser Land in bisher ungekannter Weise herausfordert, braucht es schnelle, wirkungsvolle und zielgerichtete Unterstützung. Von all dem ist im Bundeshaushalt 2023 nichts zu sehen. Die Bundesregierung hat die "Zeitenwende" abgesagt.

Ein solches Vorgehen wird weder der aktuellen Krise noch den vollmundigen Versprechen der Ampel gerecht. So ist es beispielsweise keine große Leistung, die Schuldenbremse formal einzuhalten, wenn man sie gleichzeitig aushöhlt und über Schattenhaushalte riesige zusätzliche Schuldenberge anhäuft. Die mit dieser

Verschuldung einhergehenden explodierenden Zins- und Tilgungslasten gehen klar zu Lasten künftiger Generationen.

All dem haben wir ein starkes angebotsorientiertes Wachstumspaket ohne neue Schulden gegenübergestellt. Unser Vorschlag setzt Mittel zum Schuldenabbau ein und konzentriert sich auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sowie Maßnahmen zur inneren und äußeren Sicherheit. Insbesondere wollen wir die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25 Prozent begrenzen. Außerdem fordern wir mehr als 580 Mio. Euro für den Zivil- und Katastrophenschutz. Um Deutschlands Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken, fordern wir um 16 Mrd. Euro höhere Verteidigungsausgaben (Verteidigungsetat und Sondervermögen). Dem Fachkräftemangel wollen wir mit einem 421 Mio. Euro starken Maßnahmenbündel entgegenwirken.

Eine vernünftige und nachhaltige Haushaltsplanung wäre möglich gewesen.

## BÜRGERGELD ERFOLGREICH GEÄNDERT



Der wesentliche Kritikpunkt der CDU am ursprünglichen "Bürgergeld-Gesetz" war der weitgehende Verzicht auf das Prinzip "Fordern und Fördern". Ein solcher Verzicht hätte einen Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik bedeutet hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Gerade in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Situation wäre es falsch, dieses Prinzip aufzugeben. Denn es gibt in diesem Land nach wie vor fast 2 Millionen unbesetzte Arbeitsstellen. Ziel der Arbeitsmarktpolitik sollte deshalb

immer eine rasche Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung sein. Das Fordern und Fördern gehört für uns jeweils untrennbar zusammen.

Die zeitnahe Berücksichtigung der Preissteigerungsrate bei der Berechnung der Regelbedarfe haben wir von Anfang an begrüßt. Die Anhebung der Regelsätze ist gerade wegen der augenblicklichen Steigerung der Preise insbesondere bei Lebensmitteln notwendig und muss zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

Ziel der Union ist und bleibt es, Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen. Wer einen Job sucht, muss dabei unterstützt und weitergebildet werden. Deshalb begrüßen wir die Lösungen im Vermittlungsverfahren. So ist durch die Einigkeit zwischen Bundestagsfraktion und Ländern erreicht worden, dass Leistungskürzungen

bei Pflichtverletzungen bestehen bleiben.

Bei einem weiteren wichtigen Punkt, den hohen Vermögensfreigrenzen während der sogenannten "Karenzzeit" zu Beginn des Leistungsbezugs, haben wir ebenfalls einen Erfolg errungen: Diese Karenzzeit haben wir von zwei auf ein Jahr halbiert, die Kosten der Heizung werden in dieser Zeit nur in angemessener Höhe übernommen und die Vermögensfreigrenzen werden reduziert.

Die Grundsicherung bleibt eine steuerfinanzierte Sozialleistung, die bestimmte Voraussetzungen hat und die Zeit bis zur Rückkehr in eine Beschäftigung überbrückt. Zentral ist, dass das Prinzip "Fordern und Fördern" erhalten bleibt.

# Neues aus dem Bundestag

## PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG ZUM CHANCENAUFENTHALTSRECHT FÜR MENSCHEN MIT KETTENDULDUNGEN



Warum ich mich gemeinsam mit einigen weiteren Kollegen aus unserer Bundestagsfraktion bei der Abstimmung zum Ampelgesetz enthalten habe:

Als Staatssekretärin für Integration habe ich mich in den letzten Jahren in NRW stets dafür eingesetzt, dass diejenigen, die seit Jahren in unserem Land als Geduldete leben und die wir aus diversen rechtlichen Gründen nicht zurückführen können - z.B. weil ihnen ihre Botschaften keine Dokumente ausstellen - eine faire Chance bekommen, hier zu bleiben. Ich

habe dies immer an konkrete Forderungen geknüpft, zu denen die Aufnahme einer Arbeit sowie das Erlernen der deutschen Sprache gehörten. Für viele Menschen bietet nun das Chancenaufenthaltsrecht der Ampel genau diese Chance. Sie haben 18 Monate Zeit hier folgende Forderungen zu erfüllen:

- einer Arbeit nachzugehen
- die Sprache zu erlernen bzw. Sprachkenntnisse nachzuweisen
- zur Klärung ihrer Identität beizutragen und das glaubhaft nachzuweisen
- sich unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen.

Wenn sie diese Forderungen nicht erfüllen, bleiben Sie in ihrem Duldungsstatus. Die Alternative zu diesem Gesetz bleibt lediglich, dass sie weiterhin nicht abgeschoben werden können, denn wir

können als Rechtsstaat niemanden in ein Land abschieben, wenn wir nicht wissen, aus welchem Land er/ sie kommt. Somit bleiben diese Menschen weiterhin im Transfersystem stecken und leben auf Kosten der Gemeinschaft hier weiter. Ich war immer der Überzeugung, dass das kein haltbarer Zustand ist. Deshalb halte ich diesen Punkt des Gesetzes für richtig und pragmatisch. Denn ich habe meine Überzeugung hierzu, die ich all die letzten Jahre in NRW vertreten habe, nicht an der Pforte des Bundestages abgegeben.

Das Gesetz hat aber auch Schwächen, die nicht trivial sind. Deshalb habe ich mich bei diesem Thema für eine Enthaltung entschieden.

*Eine detailliertere Begründung finden Sie im Anhang in einem separaten Dokument.*

### KEIN VERBOT FÜR KLIMA-NEUTRALE VERBRENNER

Nach dem EU-Beschluss zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 gab es einen veritablen Koalitionskrach in der Ampel. Aber auch mehrere Wochen danach gibt es weiterhin mehr offene Fragen als Antworten. So gibt es nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen synthetischer Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ferner ist derzeit noch nicht recht nachvollziehbar, wie die Europäische Kommission ihren "Prüfauftrag" umsetzen wird, der lediglich in den Erwägungsgründen des Rechtsaktes zum Verbrennerverbot Seite 3 von 7 fixiert ist.

Unser Antrag greift dies auf und konkretisiert in zehn Forderungen unser Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen.

### ÄNDERUNGEN ZUM EUROPA-WAHLGESETZ

Der Gesetzesentwurf der Ampel soll das aktive Wahlalter für Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 auf 16 Jahre absenken. Diesen Vorschlag lehnen wir ab. Denn es gilt: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Es wäre ein Widerspruch, wenn sich junge Menschen erst mit 18 Jahren rechtlich verpflichten (z.B. verschulden) dürfen und erst ab diesem Zeitpunkt strafrechtlich voll zur Verantwortung gezogen werden können, zugleich aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen können.

Unser Gegenentwurf sieht hingegen die Einführung einer 2%-Sperrklausel bei zukünftigen Europawahlen vor. So können wir die Handlungsfähigkeit des Europarlaments zukünftig besser sicherstellen.

### MEHR TEMPO BEIM ONLINE-ZUGANGS-GESETZ (OZG)

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes – mit dem die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen endlich digitalisiert werden – liegt hinter dem Zeitplan und braucht dringend einen Turbo. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: Mehr Tempo bei digitaler Verwaltung – Onlinezugangsgesetz (OZG) fortführen, Nutzungslücken schließen, Rechtsanspruch einführen. Die Bundesregierung soll zeitnah eine gesetzliche Nachfolgeregelung vorlegen, die die Fortsetzung des auslaufenden OZG sichert. Sie soll einen rechtlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmen für ein OZG 2.0 definieren. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung schnellstmöglich zusammen mit den Ländern ein Finanzierungskonzept für die Folgefinanzierung des OZG-Prozesses vorlegen. Schließlich fordern wir einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Januar 2025 auf die im OZG definierten Verwaltungsleistungen des Bundes.

# Neues aus dem Bundestag II

## MINUSMA - MISSION SICHER ABSCHLIESSEN



Die Sahel-Zone in Afrika ist eine Schlüsselregion für Europas Sicherheit. Deshalb dient die MINUSMA-Mission in Mali neben dem eigentlichen Zweck, die Sicherung des Friedens durch die Vereinten Nationen, auch dem Interesse Deutschlands. Die Kernaufgaben seit 2015 sind, die Waffenruhevereinbarungen und die vertrauensbildenden

Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie die Umsetzung des Abkommens für Frieden und Aussöhnung zu unterstützen. Die Stabilisierung Malis ist von zentraler Bedeutung für die territoriale Einheit des Staates, der Stabilisierung der Region und dem Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus in Afrika.

Leider schafft es die Bundesregierung nicht, die politischen Rahmenbedingungen für den aktuell gefährlichsten klar verständlich zu definieren. Das lässt nicht nur die Effektivität dieses eigentlich wichtigen Einsatzes verpuffen. Durch ihre unklare Kommunikation gegenüber der Regierung in Bamako

gefährdet die Bundesregierung unnötig die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten und schafft Freiraum für Akteure wie Russland. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb ein Konzept für den Sahel, eine Führungsrolle Deutschlands in der Afrikapolitik der EU, eine strategische Betrachtung der Herausforderungen durch Russland und die zugesagte Evaluierung des Einsatzes.

Der beschlossene Abzug für das Jahr 2024 steht zu diesen Zielen nicht im Gegensatz, sondern kann sich gegenseitig ergänzen.

## INFLATIONSAUSGLEICH EINFÜHREN

Im September 2022 hat die Inflationsrate laut Statistischem Bundesamt bei +10,7 Prozent gelegen. Damit erleben wir die höchste Inflationsrate seit über 70 Jahren. Diese Inflationsraten und ein Konsumklima auf Rekordtief werden die deutsche Volkswirtschaft sehr wahrscheinlich in eine Rezession stürzen. In einer solchen Situation verbietet es sich geradezu, dass Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen der kalten Progression noch mehr belastet werden.

Laut Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut (WSI) steigen nach den bislang vorliegenden Abschlüssen die Tariflöhne 2022 durchschnittlich um 2,9 Prozent. Nach Abzug der aufs Jahr gerechneten durchschnittlichen Inflationsrate sinken sie real um 7,8 Prozent. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern insgesamt sind laut Bundesfinanzministe-

rium z.B. im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 26,3 Prozent auf gut 93 Milliarden EUR gestiegen.

Das Bundeskabinett hat am 14. September 2022 den Entwurf für ein Inflationausgleichsgesetz verabschiedet. Es soll inflationsbedingte Mehrbelastungen ausgleichen, indem inflationsbedingte Steuereinnahmen dieses Jahres in Höhe von 15,8 Mrd. EUR zurückgegeben werden sollen - aber erst im kommenden Jahr.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deswegen die Ampel-Koalition diese Woche aufgefordert:

1. die Eckwerte des Einkommenssteuertarifs schon für 2022 zugunsten der Steuerpflichtigen zu verschieben, um die kalte Progression in diesem Jahr vollständig auszugleichen;

2. die Freigrenze des Solidaritätszuschlages entsprechend anzuheben,

3. die Überprüfung des Einkommensteuer-Tarifverlaufs künftig jährlich nehmen, um die Progression in der aktuellen Phase hoher Inflation auszugleichen un

4. Die Anhebung des Kindergelds um 18 Euro für die ersten beiden Kindern auf alle weiteren Kinder auszuweiten.



### Medien & Netzwerk

 [www.serapgueler.de](http://www.serapgueler.de)  
 @serapgueler  
 @sgueler  
 @SerpGueler

### Impressum

#### Herausgeber:

Serap Güler MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

#### Kontakt:

Mail:  
[serap.gueler.wk@bundestag.de](mailto:serap.gueler.wk@bundestag.de)

#### V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin